



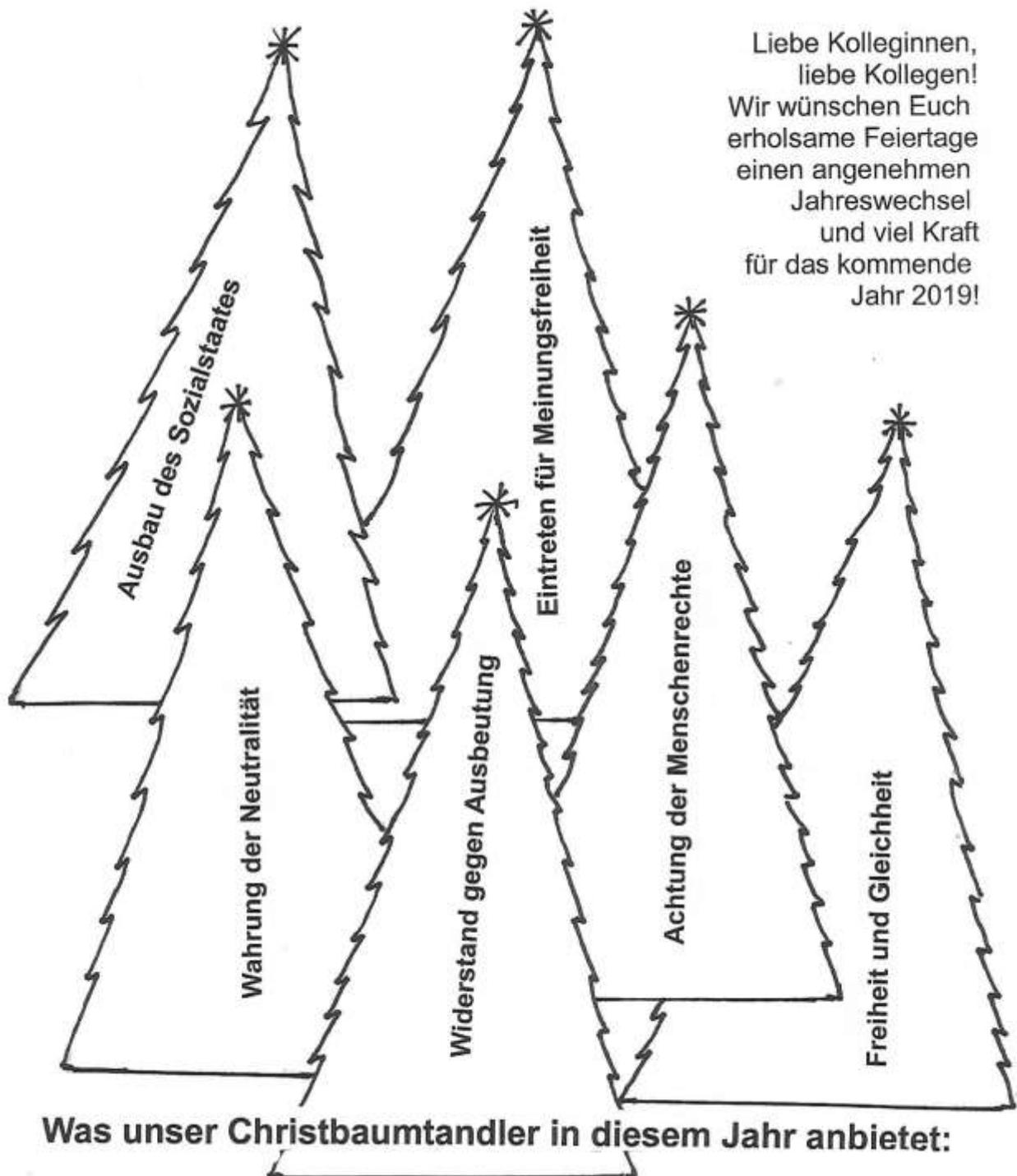
Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



Nr. 5 / Dezember 2018

(Redaktionsschluss: 3.12.2018)



Liebe KollegInnen und Kollegen!

40 Jahre NEIN zu Zwentendorf

Damals: Nein zur Atomenergie Heute: Herausforderung Klimawandel

Bericht von der Podiums- und Publikumsdiskussion im Amerlinghaus in Wien am 5. Nov. 2018, zu der die „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ und das „Österreichische Solidaritätskomitee“ (ÖSK) eingeladen haben.

Am Podium: em.Univ.-Prof.Dr. Helga Kromp-Kolb, Universität für Bodenkultur; DI Mira Kapfinger, System Change, not Climate Change; Abg.z.NR Alois Stöger, diplomé, Leitender Sekretär der Produktionsgewerkschaft PRO-GE; ZBRV Robert Wurm, Vors. Zentralbetriebsrat ÖBB-Postbus, Gewerkschaft der Post- und Fern-meldebediensteten (GPF); Dr. Wilfried Leisch, GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, ÖSK/proSV.

Zusammenfassung der Stellungnahmen:

Prof. Dr. Kromp-Kolb: Vor 40 Jahren war es notwendig, wenngleich auch schwierig, gegen das AKW in Zwentendorf zu sein – heute ist es notwendig gegen den Klimawandel engagiert zu sein, obwohl man sich dabei heute einem grob fahrlässigen Verhalten weitester Kreise gegenüber sieht. Zwentendorf war eine nationale Entscheidung, der Klimawandel fordert die ganze Welt heraus. Wer vor 40 Jahren zur Einsicht kam, dass Kernenergie tödlich für die Menschheit sei, konnte eine eindeutige Entscheidung treffen. Heute, im Zeitalter des Klimawandels, ist dies schwieriger, weil das Problem global und hier bei uns die Auswirkungen noch nicht so stark spürbar sind wie auf anderen Kontinenten. Trotzdem ist jede/r mitverantwortlich! Wenngleich auch viele Menschen dafür sind, gegen den Klimawandel aufzutreten, fehlt in vielen Fällen das TUN, das dringend nötig wäre. Österreich, als eines der reichsten Länder der Welt hätte die Pflicht, in Sachen Klimawandel voraus zu gehen, um anderen Länder, vor allem ärmeren, mit gutem Beispiel voranzugehen. Es ist notwendig, die Erderwärmung bei 1,5 Grad zu stoppen, weil es sonst zu großen Katastrophen kommen wird. Bei 1,5 bis 2 Grad sind Millionen Menschen von den Folgen betroffen (Verlust der Heimat). Die Natur reagiert laut letzten Forschungsergebnissen schneller als erwartet auf nur wenige Zehntelgrad Erwärmung (Bericht des UNO-Weltklimarates = IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change). Die Folgen treten rascher ein und sind größer. Wir dürfen die 1,5 Grad nicht überschreiten! Weder von der Wissenschaft noch von der Technologie und auch nicht von der

Ökonomie gibt es Gründe, die 1,5 Grad nicht einzuhalten! Entscheidend ist einzig und allein, ob wir es wollen und tun! Daher ist es wichtig, so wie bei der Zwentendorf-Abstimmung eine Diskussion auf breiter Basis zu führen.

DI Mira Kapfinger: Das System muss geändert werden, nicht das Klima, dann wird es keine Klimakatastrophe geben. Der Vergleich mit Zwentendorf und Hainburg zeigt, dass wir in keinem Fall jemals aufgeben dürfen, wenn wir erfolgreich im Kampf sein wollen. Ziviler Ungehorsam ist in jedem Fall geboten und sinnvoll: Zwentendorf war bereits gebaut und die Brennstäbe wurden angeliefert – trotzdem ging die Abstimmung gegen das Kraftwerk aus. In Hainburg wurde bereits gerodet – trotzdem wurde das Kraftwerk verhindert! Die Klimakrise hat eine globale Dimension und erfordert für ihre Bekämpfung einen Systemwandel: Die kapitalistische Wirtschaft muss unbedingt von einer reinen Profitwirtschaft, die sich nicht darum kümmert, welche Auswirkungen ihre Produktion auf die Umwelt hat, hin zu einer Wirtschaft, die den Menschen dient und einen sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen sucht, verändert werden. Dabei ist die Abwendung von fossilen Energieträgern allein nicht genügend. Die ständige Gewinnmaximierung muss vernünftigen Plänen weichen, ein menschenfreundliches Wirtschaften ist zu suchen: Statt arbeiten bis zum Umfallen (12-Studenten) mehr Diskussionen und mehr Beteiligung an den Entscheidungsprozessen in Politik und Wirtschaft. Die notwendige Veränderung in der Arbeitswelt und ihre Neugestaltung darf aber nicht auf dem Rücken der arbeitenden Menschen passieren. Wir müssen von uns aus den Diskurs antreiben. Etwa in Deutschland so lange, bis der Braunkohleabbau nicht mehr tragbar ist, den zivilen Ungehorsam in Österreich wiederbeleben, was von der gegenwärtigen Regierung nicht gewünscht ist. Den Klimawandel mit unserem Leben verknüpfen! Die klare Herausforderung unserer Zeit ist ein grundsätzlicher gesellschaftlicher Wandel. Keine Scheu vor Konflikten und der Komplexität der Erfordernisse eines Systemwandels!



Abg.z.NR Alois Stöger: Mit der Ablehnung von Zwentendorf wurde die „Heiligkeit“ der Experten beendet. Der demokratiepolitische Erfolg der Zwentendorfabstimmung kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Technikgläubigkeit und die Idee, dass Arbeitsplätze nur mit großindustriellen Projekten gesichert werden könnten, konnten nach Zwentendorf nicht mehr in der gleichen Weise vertreten werden. Atomenergie ist politisch nicht einsetzbar und müsste in der heutigen Zeit unter Umständen mit Waffengewalt verteidigt werden, was ein Hohn wäre. Bezüglich Klimawandel ist zu überlegen, wie „Energieabfälle“ in Betrieben positiv verwertet werden könnten, um dem Klimawandel vorzubeugen. Beispiele: Linz wurde zur saubersten Industriestadt; die Energie der Hochöfen war nicht mehr Abfall, sondern die Wärme wurde genützt; umweltfreundliche Mobilitätsformen sind klimafreundlicher – Österreich ist z.B. führend in der Bahnindustrie; kann die Bahn das Auto ablösen? Bei 2:22 Stunden mit der Bahn von Wien nach Salzburg ist das auf jeden Fall so. Es sind Fragen zu stellen von mündigen Bürgern: Wohin gehen Forschungsgelder; warum wird das Militär mit so ungeheuren Summen gestützt und zivile Projekte bleiben hinten? Gesellschaftliche Veränderungen entstehen durch Zwänge! Üben wir wieder mehr Zwänge auf die politischen Entscheidungsträger aus, damit sich etwas ändert! Gemeinsam können wir viel erreichen und die Gemeinschaft kann die Freiheit des Einzelnen stärken. Auch die soziale Sicherheit, die wir heute (noch) haben, wurde durch Druck von unten erreicht.

ZBRV Robert Wurm: Etliche der heutigen TeilnehmerInnen waren schon 1978 dabei, als der Erfolg von Zwentendorf gelang. Jedes AKW, das verhindert wird, ist ein Sieg für die Menschen! Die Bestätigung der zukunftssträchtigen Entscheidung von 1978 erfolgte acht Jahre später, als Tschernobyl in die Luft flog. Damals stieg der Anteil von Schilddrüsenerkrankungen schlagartig um 86%. Wäre Zwentendorf in Betrieb gegangen, hätte

das auch bei uns passieren können. Ein Lob für Kreisky, der die Volksabstimmung zuließ, was heute nicht mehr selbstverständlich ist, und schließlich auch das Ergebnis zur Kenntnis nahm. Bei den 50,4 Prozent NEIN von 1978 waren auch sehr, sehr viele Gewerkschaftsmitglieder dabei, sonst wäre das Ergebnis nicht erreicht worden, weil ja der ÖGB im Großen für Zwentendorf eintrat. Was vor 40 Jahren bei Zwentendorf gelungen ist, wird uns auch beim Klimawandel gelingen. Leider ist trotz des Ernstes der Lage der Klimawandel noch nicht bei den Menschen angekommen, nicht unten und auch nicht oben. Jeder hat sozusagen noch seine gedanklichen „Erbhöfe“ in der Hinterhand: das Auto, die 3. Piste usw. Wer die Zeichen beobachtet, muss zum Entschluss kommen, etwas zu tun. Das ist unsere Aufgabe, dass wir noch viele Menschen aufwecken und zum Mitmachen ermutigen. Wir sind das unseren Kindern und Enkeln schuldig. Dafür müssen wir mit aller Kraft arbeiten, damit die Meinung und die Bereitschaft zum Engagement sich von der Passivität zur Aktivität drehen. Mit der jetzigen Regierung wird das nicht gehen, daher ist die Zivilgesellschaft gefragt und gefordert! Die Veranstaltung von heute muss das Thema weitertragen!

Wilfried Leisch: Die große Bedeutung des Sieges von Zwentendorf war und ist, dass die Menschen damals selber etwas erreichen konnten und es noch immer können! Ein Symbol von damals: viele kleine Fische treiben den großen Fisch in die Flucht! Noch immer haben die Politik, die Atombetreiber und die Atomkonzerne, gleich welcher Farbe, nicht aufgegeben: Österreich zahlt jährlich 40 Millionen Euro an EURATOM, zahlt an die IAEA (Internationale Atomenergieagentur), die Idee des Atommülllagers wurde unter der gegenwärtigen Regierung wiederbelebt. Die Gefahr ist: Wer in der EU ein Atommülllager hat, auf den steigt der Druck, Atommüll aus anderen EU-Staaten einlagern zu müssen – oder die Möglichkeit, dies zu wollen, weil es ein Geschäft ist! Es wurden also nicht wirklich Konse-

quenzen aus dem Atomsperrgesetz gezogen. Das Atom-NEIN der Österreicher wird mit Füßen getreten. Die Atomlobby ist voll am Drücker: Von der EU kam z.B. die Zustimmung, dass der Bau des britischen AKW Hinkley Point C bezuschusst werden darf (EuGH-Urteil), der Bau kostet 35 Milliarden, und wird auf 30 Jahre gefördert – Atomstrom ist ohne Förderung nicht konkurrenzfähig! Atomenergie wird nach wie vor als ein Ausweg aus der Klima-katastrophe gesehen.

Wir müssen aufmerksam und wieder aufmüpfiger sein und unser Recht auf Schutz von Menschen und Umwelt einfordern. Aufgabe von Organisationen wie der unseren ist es, dem Einzelnen das Rückgrat zu stärken und so zur Eigenverantwortung zu ermutigen. Wirtschaftlich immer nur mehr, aber gleichzeitig immer kurzlebiger Produkte (Wegwerfprodukte) zu erzeugen statt Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit bei Produkten anzustreben, ist eine Fehlentwicklung. Noch dazu werden immer mehr und immer wieder Riesenprojekte geplant und ausgeführt. Diese bringen aber nur weitere Umweltprobleme und soziale Probleme, Arbeitsplätze bringt das keine. So wie Zwentendorf keine soziale Frage gelöst, sondern nur einigen wenigen Profit beschert hätte, so ist es auch mit der Klimakrise: Einige werden es leicht haben, durchzukommen,

die große Masse wird leiden, sogar um ihr Leben bangen. Dem Klimawandel muss mit aller Kraft begegnet werden, denn die Zeit rennt uns davon! Elektroautos statt Öffis, das Herumführen von Lebensmitteln in ganz Europa, die Vergeudung von Ressourcen (Wegwerfproduktion) usw., sind der falsche Weg. Um die ökologischen und sozialen Herausforderungen, um den Klimawandel zu meistern ist das Gemeinwohl zu stärken, statt die Vermehrung des Profites der Reichen! Statt der Profitwirtschaft ist eine Solidarwirtschaft notwendig!



Eindrücke von der anschließenden Diskussion

Der Konsens, dass der Kampf gegen die katastrophale Entwicklung des Weltklimas mit einer radikalen Änderung des Wirtschaftssystems Hand in Hand gehen muss, wurde auch bei der Diskussion mit dem Publikum deutlich. Ein schneller und tiefgreifender Wandel von einem rein profitorientierten Kapitalismus zu einer, den sozialen Bedürfnissen aller Menschen global gerecht werdenden Wirtschaftsordnung ist unabwendbar.

Für den Ausstieg aus der alle Lebensbereiche dominierenden fossilen Technologie und den damit verbundenen Herausforderungen ist die breite Vernetzung von Wissenschaft, Aktivisten, verantwortungsvollen Menschen in der Bevölkerung und nicht zuletzt in der Politik nötig. Hier wurden aber auch schon die massiven Verwerfungen sichtbar, die zwischen den notwendigen technologischen und gesellschaftlichen Maßnahmen zum Kampf gegen die Klimakatastrophe und dem fast zwanghaften Verharren der weitgehend von der neoliberalen Ideologie durchsetzten Wirtschaft, der universitären Wissenschaft und Politik am bestehendem System existieren. Das Lobbying der Großindustrie gegen den Ausstieg aus der fossilen Technologie und Weltwirtschaft ist dabei noch wesentlich massiver und aggressiver als bei der Atomindustrie. Nur wenige, nicht genug zu lobende Ausnahmen im Wissenschaftsbetrieb wie die teilnehmende Universitätsprofessorin Kromp-Kolb kämpfen trotz Anfeindung und Diffamierung darum, das rasant

zunehmende Desaster und die Dringlichkeit von Maßnahmen in der Klimafrage zumindest aufzuzeigen. Sie dazu auch das eben erst erschienene Buch „Plus Zwei Grad“ (Helga Kromp-Kolb / Herbert Formayer).

Von einer Einbindung in Lösungen ist nicht einmal ansatzweise die Rede. Die Universitäten versagen in weiten Bereichen, für die Gesellschaft nützliche Forschung zu betreiben und erfüllen zur Profitmaximierung gedrängt, häufig nur mehr Geld bringende Aufträge für die Industrie. Die Lehre dient oft nur mehr dazu, für die Wirtschaft und Industrie gut nutzbare „Fachkräfte“ auszubilden. Wenn man da nicht mitspielt verliert man sehr leicht seinen Universitätsjob. Die von Lobbyisten umzingelte Politik tut scheinheilig so als ob das eine wertvolle Beratung wäre, obwohl der erzielte Wertzuwachs manchmal auch zu einer Fußfessel führt. Dass bei der notwendigen Energie- und Gesellschaftswende auch die Arbeit vollkommen neu bewertet werden muss und dies durch die gleichzeitig stattfindende digitale Revolution noch dringlicher wird, war im Publikum und bei den Teilnehmern am Podium klar. So richtig an der Gewerkschaftsspitze und der Politik scheint dies aber noch nicht angekommen zu sein. Es erfordert nämlich eine „massive Arbeitszeitverkürzung“ und eine gesellschaftlich und ökologisch sinnvolle Arbeit. Es geht nicht darum, quantitativ Arbeitsplätze zu schaffen und damit klimaschädliche Produkte wie Autos (auch nicht

Elektro-autos), Flugzeuge und schon gar nicht Panzer zu produzieren. Es geht darum gesellschaftlich nachhaltige Produkte unter weltweit fairen Bedingungen herzustellen.

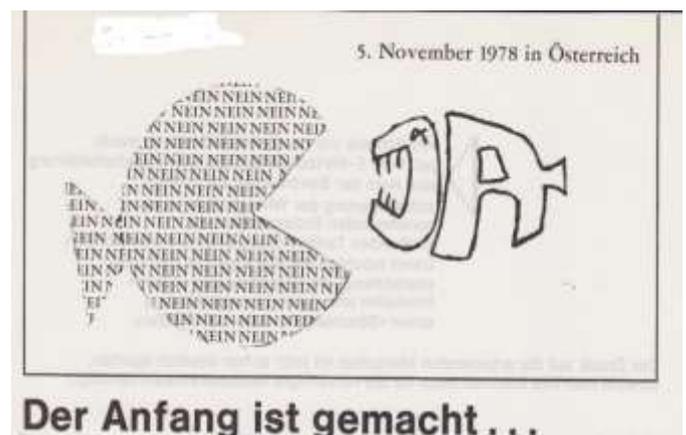
Auch die Einbeziehung der Bevölkerung in solche gravierende Änderungen bedeutender Lebensumstände zeigte einen Graben zwischen den Vorstellungen herkömmlicher repräsentativer Demokratie und den demokratischen Bedürfnissen einer modernen Zivilgesellschaft auf. Großprojekte wie Zwentendorf, Hainburg, Tunnels und Flughafenpisten wurden bisher koalitionär beschlossen und dann nach einer, jetzt auch schon als lästig und der Wirtschaft abträglich empfundenen „Umweltverträglichkeitsprüfung“ genehmigt und gestartet. Nur mühsam konnten Idealisten und Aktivisten mit Hilfe der Bevölkerung gegen die massive Gewalt der Großindustrien und gegen die sie schützende Politik aufbegehren, wenn sie lebensbedrohliche Gefahren für die Bevölkerung durch diese Projekte erkannten.

Das kann bei der drohenden Klimakatastrophe und bei der notwendigen Wandlung der Gesellschaft nicht mehr in dieser Form ablaufen, da hier letztlich die weltweite Zivilisation auf dem Spiel steht. Nicht mit inflationären Volksbefragungen und Abstimmungen, sondern mit einer breiten Diskussion der Probleme auf allen Ebenen, vor allem in den (noch) öffentlichen Medien muss dieser Problematik begegnet werden. Der Klimawandel müsste in Zeiten wie diesen, wo auch bei uns schon ganze Täler durch abgehende Muren verwüstet werden und Menschen durch Sturzfluten oder Brände umkommen, ganz im Vordergrund der öffentlichen Debatte stehen. Die derzeitige Form der repräsentativen Demokratie muss dazu ebenso überdacht werden.

In erster Linie ist beim Überdenken der repräsentativen Demokratie die Sozialdemokratie – und das durchaus europaweit – gefordert. Die Grünen haben sich mit dem ehrgeizigen Streben nach Mitregieren selbst und ihre Gründungsideen vergessen und wurden danach auch von den Wählern vergessen. Den Rechts- oder Rechts-Rechtsparteien geht die derzeitige repräsentative Demokratie schon zu weit (auch europa- und weltweit). Sie tendieren stärker zu verschärften, autoritären Formen der repräsentativen Elitendemokratie, in der Politiker zwar vom Volk gewählt werden, aber nicht dessen politische Grundrechte respektieren, früher einmal „germanische Demokratie“ oder „Führerdemokratie“, heute auch „illiberale Demokratie“ (Orban) genannt.

Kritisch betrachtet hat die Sozialdemokratie jahrzehntelang für ein wenig Mitnaschen am Profitkuchen mit der sogenannten Sozialpartnerschaft den wirklich Mächtigen im Hintergrund, nämlich dem Kapital und der Großindustrie als Steigbügelhalter gedient und nun ist man empört, gekränkt und verzweifelt wenn deren Repräsentanten am hohen Ross sitzen und über die Bevölkerung hinweg reiten. Es wäre höchste Zeit für die sozialdemo-

kratischen Parteien sich für solche Demokratieformen zu erwärmen, wo nicht die individuelle Freiheit der neoliberalen Leistungsträger im Vordergrund steht, sondern wo zivilisatorische Schutzballen für die Masse der Bevölkerung gegen die Gewalt und das Gesetz des Stärkeren, des neoliberalen Kapitalismus errichtet werden. Wenn dieses Umdenken nicht gelingt, werden auch diesmal die sozialdemokratischen Parteien auf der Seite des Großkapitals stehen und an Stelle der notwendigen echten Energiewende und der Sozialwende eine neue höchst lebensbedrohliche technologische „Lösung“ des Klimaproblems mitpropagieren, das Geoengineering. Dabei soll unter anderem bis hin zur Verdunkelung der Sonne mit versprühten Aerosolen in der Stratosphäre und Düngung der Meere zur CO₂-Reduktion, die katastrophale Klimaerwärmung verringert werden und alles wie gehabt fossil, neoliberal und großkapitalistisch noch ein paar Jahre weitergehen, bis der Industrie vielleicht eine andere Großtechnologie profitabel erscheint oder das Problem durch sehr viel weniger Menschen auf dem Planeten Erde kleiner wird, durch Kriege um Trinkwasser, um sichere Orte als Schutz vor den katastrophalen Klimaänderungen, usw.



Da in der Politik die notwendige Wende nicht in Sicht ist, müssen wieder Idealisten und Aktivisten mit der Bevölkerung gegen die Politik und die Großindustrie kämpfen und zivilen Ungehorsam auf gewerkschaftlicher, zivilgesellschaftlicher Ebene, sei es parlamentarisch oder außerparlamentarisch, leisten, um ein erträgliches Leben auf der Welt zu ermöglichen. Diesmal aber unter noch viel schwierigeren Randbedingungen, nämlich weltweit und nicht nur lokal gegen ein Atomkraftwerk. Ja, die Herausforderungen sind groß. Doch weltweit will die überwältigende Mehrheit der Menschen die dargelegten unmenschlichen Entwicklungen nicht. Wir sind die Mehrheit. Wenn wir gemeinsam aktiv werden, können wir positive Veränderungen bewirken. Und: Anfangen kann jede/r hier und jetzt und im eigenen Land. In Anlehnung an unseren grafischen Kommentar zum Atom-NEIN-Ergebnis 1978: Viele kleine NEIN-Fische können dem großen kapitalen JA-Fisch den Garaus machen. Machen wir uns auf den Weg. Hier und jetzt.

Was und wer gefährdet unsere Gesellschaft, den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Die Gefahr kommt nicht von außen, nicht von den Flüchtlingen, nicht von den Linken, sondern sie sitzt mitten drinnen, mitten in der Republik, in Konzernen, Institutionen, im Parlament, im BMI, im BVT.

Das zeigte sich zuletzt beim aufgefliegenen rechtsradikalen „Bewacher“ im BVT-Ausschuss und im Parlament (z.B. auch von Nationalratspräsident Sobotka!), angestellt von einer privaten „Sicherheitsfirma“. Und das dürfte nur die Spitze eines Eisberges sein. Immer wieder kommen ähnliche Vorgänge ans Tageslicht, sitzen rechte Recken mitten in Ministerien und Parteien (Stichwort „Burschenschaftler“, aber auch sogenannte „Identitäre“, die rechtsten der Rechten). Dazu muss man erinnern, dass z.B. der jetzige Innenminister Kickl erst im letzten Jahr als prominenter Redner bei der von Journalisten „befreiten“ und geschlossenen Veranstaltung der „Identitären“ – also der Rechtsradikalen – in Linz, genehmigt vom Land (ÖVP-Landeshauptmann) auftrat. Jetzt baut der FP-Innenminister den „Verfassungsschutz“ um, säubert ihn von meist schwarzen, aber auch roten Beamten, die gegen Rechtsextremismus ermittelten, um die Verbindungen zwischen FP und Rechten zu vertuschen. Parallel dazu werden rechte Recken in Nadelstreif in Amt und Würden gehoben. Kanzler Kurz schweigt dazu – warum auch immer.

Insgesamt ist der wichtigste Teil des Staatsapparates mittlerweile in FP-Hand (Kunasek: Militär; Kickl: Polizei/Inneres; Moser, früher FP: Justiz; Hofer: Infrastruktur – auch nicht unwichtig, um allfällige Pläne von Militär- und Polizeiministerium gegen die Bevölkerung umzusetzen).

Alles Hirngespinnste?

Im Jahr 1934 haben die Austrofaschisten zuerst die Arbeiter niedergeschossen, dann haben die Nazis den schwarz-autoritären Austrofaschisten Kanzler Dollfuß ermordet. Heute gehen die Türkis-Schwarzen massiv gegen die arbeitenden Menschen vor, duldet ein neo-autoritärer Kanzler und seine Clique die offenen Rechtspolitiker in der Regierung, die rechten Recken und die rechtsrechten „Sicherheitskräfte“. Wie fühlt sich da der Parlamentspräsident Sobotka mit einem rechtsrechten „Beschützer“?

Was bedeutet das für die Bevölkerung, für die arbeitenden Menschen?

Die (Mitte?-)Rechtsregierung wird bei jeder Gelegenheit von Industrie(ellenvereinigung) und Wirtschaft(schammer) gelobt und befeuert. Die Rechten sind mitten in den Konzernen und Institutionen, gefördert und gesponsert von höchsten Konzern- und Regierungskreisen. Sie bereiten – wie im BVT-Ausschuss die Leiterin des BVT-Extremismusreferats in ihrer Aussage berichtete, den „Tag X

vor“. Sie sagte sinngemäß, sie glaubte, dass beim Sturm auf das BVT im Februar dieses Jahres, „dass der Tag X gekommen sei, von dem die Rechten sprechen und an dem sie „zuerst die Staatspolizei und dann die Justiz hängen wollen“ (Kurier, 11. Okt. 2018). Also zuerst einen Putsch gegen das Establishment, um dann als „Anti-Establishment“, als „Erneuerer“ gegen die Masse der arbeitenden Menschen noch direkter, diktatorischer mit der ganzen Staatsmacht im Interesse der Reichen und Konzerne vorgehen zu können?!

Wie war das noch? 1933 (Ausschaltung des Parlaments durch die „Christlich-Sozialen“ Austrofaschisten), 1934 (Niederschlagung des Arbeiteraufstandes durch die Diktatur der Austrofaschisten, Ermordung des austrofaschistischen Kanzlers Dollfuß durch die deutsch-nationalen Nazi-Faschisten), 1938 (Auslieferung Österreichs durch die Austrofaschisten an Deutschland, an die Nazi-Faschisten, Auslöschung Österreichs durch die Nazi-Faschisten), 1939 (Krieg statt des von den Nazis versprochenen Wohlstands und Krieg statt dem austrofaschistischem Stoßgebet von Schuschnigg bei der Auslieferung an Hitler-Deutschland: „Gott schütze Österreich“).

Das sind also keine Hirngespinnste. Heute befürchtet das die Leiterin des BVT-Extremismusreferats!

Vieles geschieht schon jetzt, wir sollten die Zeichen sehen! Beispiele: Im „normalen“ parlamentarischen Ablauf wurden (Gesetz zu 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche) und werden (Sozialversicherungs-„Reform“) unter Umgehung des Parlaments (keine oder geringe Begutachtung) und der Öffentlichkeit (keine Details, nebulose Berichte) oder per „Ermächtigungsgesetz“ als Vorgriff auf ein noch gar nicht beschlossenes Gesetz (gerade geschehen beim erst im Dezember im Nationalrat zu beschließenden Gesetz zur „Sozialversicherungs-„Reform“) Fakten geschaffen, um per Verordnung im Interesse der Industrie zu regieren.

Mit der allgegenwärtigen „Flüchtlings-Kopftuch-Ausländer“-Ablenkungspropaganda, wird versucht, das alles als „im Auftrag der Mehrheit“ zu rechtfertigen. Die „Kopftuch“-Propaganda soll verschleiern, dass die Hauptbetroffenen der unsozialen Politik (Kürzung der Mindestsicherung, „Familienbonus“-Schmäh, 12-Stunden-Tag) die Masse der wenig verdienenden, am meisten unter Arbeitsdruck stehenden Bevölkerungsschichten sind, zu denen zwar auch Flüchtlinge gehören, aber in überwältigendem Ausmaß „die Österreicher“ davon betroffen sind. Kurz, Kickl, Strache und Kapsch (Industriellen-Chef) reiben sich die Hände und die Massenmedien freuen sich über die Flut an Regierungs- und Industrie-Propaganda-Inseraten. Wir hingegen zahlen, auch wenn es sich um „Gratis“-Zeitungen handelt, mit unserer Gesundheit, mit höherer Arbeitsbelastung, mit weniger Freizeit und immer schlechter werdende Lebens- und Wohnbedingungen.

Das Alte im Neuen

Ich stand auf einem Hügel, da sah ich das Alte herankommen, aber es kam als das Neue. Es kroch heran auf neuen Krücken, die man nirgends je gesehen hatte und stank nach neuen Dünsten der Verwesung, die man nirgends gerochen hatte. Der Stein rollte vorbei als die neueste Erfindung, und die Raubschreie der Gorillas, die sich die Brustkästen trommelten, gaben sich als die neuesten Kompositionen.

Allenthalben sah man geöffnete Gräber, die leer waren, als das Neue sich auf die Hauptstadt zu bewegte. Ringsum standen solche, die Schrecken einflößten und schrien: Hier kommt das Neue, das ist alles neu, begrüßt das Neue, seid neu wie wir! Und wer hörte, hörte nur ihr Geschrei, doch wer sah, sah solche, die nicht schrien.

So schritt das Alte einher, verkleidet als das Neue, aber in seinem Triumphzug führte es das Neue mit sich und es wurde vorgeführt als das Alte. Das Neue ging gefesselt und in Lumpen, sie entblößten die blühenden Glieder. Und der Zug bewegte sich in der Nacht, aber es war eine Brandröte am Himmel, die wurde angesehen wie die Morgenröte. Und das Geschrei: Hier kommt das Neue, das ist alles neu, begrüßt das Neue, seid neu wie wir! wäre noch hörbarer gewesen, wenn nicht ein Geschützdonner alles übertönt hätte.

Bertold Brecht, Visionen, Gedichte

Der Albtraum

„Der Albtraum, der mich seit einiger Zeit besonders umtreibt, ist leider real: Ein gefährlicher Clown sitzt im Weißen Haus, überall wächst ein gefährlicher Nationalismus, auch in Schweden und Deutschland (auch in Österreich, die Redaktion). Es sind Zustände wie vor dem Zweiten Weltkrieg, das macht mir Angst. Es wäre schön, wenn ich aus diesem Albtraum aufwachen könnte. Auch wenn ich mir in meinen Büchern immer wieder in düsteren Szenarios ausmale, was in den Menschen so vorgeht, ist diese Angst vor allem, was anders ist, für mich schwer zu verstehen. „Schweden soll schwedisch bleiben“ - was soll das heißen? In Deutschland haben die Nazis zu definieren versucht, was es bedeutet, deutsch zu sein. Das hat zu Krieg und Massenvernichtung geführt. Ich möchte nicht in einem Europa leben, in dem Nationalismus und Hass gesiegt haben. Auch wenn ich die Lösung nicht kenne: Noch habe ich den naiven Traum, dass es einen Ausweg gibt und dass eines Tages all das verschwindet, was zurzeit völlig schief läuft in der Welt – Kriege, Terrorismus, Fanatismus, Nationalismus.“

Hakan Nesser, schwedischer Krimiautor.
Quelle: Die Zeit, Nr. 46 vom 8.11.2018

welt

wie tot liegt sie da,
gaia, unsere mutter erde.
profitgeier
hacken ihr die augen aus.
ihr körper ist zerfurcht und
zerschunden von den
mechanismen und maschinen
ungebremsten wachstums.
die flüsse der vergifteten
lebensadern fördern ihren
verfall. tödliche dämpfe zerstören
ihre lungen, der rauch
der brennenden regenwälder:
ein signal des endes?
pessimisten bereiten sich
auf das begräbnis vor.

doch HALT, da gibt es noch
optimisten, die holen
doktor widerstand, um zu
retten, was zu retten ist.

er flößt der patientin
verkürzte arbeitszeit ein,
aufgelöst in solidarität, zur
rascheren wirksamkeit; breitet
die rettungsdecke der
achtsamkeit unter ihr aus; zieht
die splitter der vernichtung aus
ihrem leib und bestreicht ihre
wunden mit einer tinktur, gemischt
aus sorgfalt, respekt und würde.
da geht ein aufatmen durch den
gequälten leib; genesung erscheint
möglich; doch noch ist der ausgang
ungewiss.

H.S.



Frankreich:

Massenprotest der „Gelbwesten“

In den Medien wird die derzeitige Protestwelle der „Gelbwesten“ in Frankreich fast ausschließlich auf die durch die Regierung Macron beschlossenen starken Erhöhungen der Treibstoffpreise bezogen.

Dass die Treibstoffpreiserhöhung nur der fehlende Tropfen auf das durch massiven Sozialabbau, Privatisierungspläne für den öffentlichen Verkehr (Ursache für die Eisenbahnerstreiks) und Lohnstagnation übervolle Fass der Unzufriedenheit mit dieser asozialen Regierung war, findet kaum Erwähnung. Der Hintergrund, dass Frankreich immer schon ein Beschaffungsproblem bei Erdöl hat und nun durch den von den USA erzwungenen Ausstieg des französischen Ölriesen Total aus dem Irangeschäft seine hochtrabenden Militarisierungsprojekte gefährdet sieht, wird überhaupt nicht berichtet. Das führte zu der Maßnahme, den allgemeinen Verbrauch durch massive Preiserhöhungen für die Masse der einfachen Bürger zu senken und diese Maßnahme auch noch als „Ökosteuer“ zu deklarieren. Diese Unverschämtheit brachte den Unmut der Bürger zum überlaufen. Die von 80% (!) der Bevölkerung unterstützten Protestanten sind zu Recht der Meinung, dass die Ölkonzerne Milliardengewinne einstreifen indem sie Preissenkungen auf

dem Weltölmarkt nicht an die Verbraucher weitergeben (übrigens auch bei uns nicht wo die Endverbraucher schon rund 1,50 Euro pro Liter Sprit bezahlen müssen) und dass diese Konzerne zu Abgaben für die Umwelt verpflichtet werden müssten.

Diese „Ökosteuer“ von 25% für Diesel und 15% für Benzin wird als reiner Zynismus empfunden, wenn gleichzeitig für den Diesel im Flugverkehr, das Kerosin, überhaupt keine Steuer eingehoben wird. Zudem hat Macron den „Ausstieg“ der Atombombenmacht Frankreich aus der „zivilen“ Atomkraft, also aus der Atomstromerzeugung (Frankreich hat 58 AKWs), gerade jetzt hinausgeschoben und sogar den Bau neuer „moderner und effizienterer“ AKWs angekündigt. Diese hinterhältige Tarnung der Profitgier der Konzerne als Umwelt- und Klimapolitik, die dann von der verarmten Bevölkerung bezahlt werden soll, hat zu den landesweiten Protesten geführt. Die französische Bevölkerung hat ihre Bereitschaft zu wirklichen Maßnahmen für die Umwelt in ihrem Kampf gegen Glyphosphat von Monsanto/Bayer, Pestizide und Gentechnik vielfach bewiesen. Von einem Präsidenten, der sie ganz offensichtlich mit angeblicher „Grünpolitik“ zugunsten der Großkonzerne hintergehen will, hat sie nun anscheinend genug

Mit der Neutralität im Munde in neue Kriege?

Außenministerin Kneissl und Verteidigungsminister Kunasek, beide von der FP, betonten, dass Österreich nicht bei einer EU-Armee mitmache. Das wäre aber gar nicht extra zu betonen, weil ja die überwältigende Mehrheit der ÖsterreicherInnen für die Neutralität ist und diese wiederum mit der Teilnahme Österreichs an einer EU-Armee völlig unvereinbar ist. Doch die Regierung spricht mit gespaltener Zunge: Was sie vorne hinaussagt ist nichts wert, denn hintenherum macht sie das gerade Gegenteil.

Die österreichische Regierung zieht im Auftrag der Mehrheit ihrer Auftraggeber, das sind große Konzerne, Banken, Versicherungen, Aktionäre, Reiche und Superreiche, unser Land in die EU Kriegsvorbereitungen hinein. Sie bereitet alles vor, damit unser Heer in die EU-Armee eingegliedert werden kann, eine Armee zur Durchsetzung der geopolitischen Interessen der Großmächte Deutschland und Frankreich. Die EU-Aufrüstungspläne, sei es das militärische Kerneuropa (SSZ), sei es die Militär-Zusammenarbeit (PESCO), sind mit Österreichs Neutralität unvereinbar!

Verteidigungsminister Kunasek, unterstützt seit seinem Amtsantritt Österreichs Teilnahme an der EU-Militär-Zusammenarbeit (PESCO). In diesem Rahmen beteilige sich Österreich federführend an einem Projekt zum Aufspüren von atomaren, biologischen und chemischen Kampfstoffen. Weiters unterstützt der Minister auch Österreichs Teilnahme am sog. EU-Verteidigungsfond (sein Volumen: 13 Milliarden Euro), d.h. wir zahlen für die EU-Rüstungsindustrie, für die Erforschung und Entwicklung von Rüstungsgütern, hunderte Millionen Euro aus unseren Steuergeldern zur Aufrüstung, zur Kriegsvorbereitung! Das Verteidigungsbudget soll laut SSZ auf ca. 2% des BIPs erhöht werden, also in Österreich auf ca. 7 Milliarden Euro. Kunasek will also unser Heer mit Milliarden Euro Steuergeldern fit für die EU-Kampfeinsätze machen.

Das ist gegen die Verfassung, die große Mehrheit der Österreicher ist für die Beibehaltung der Neutralität. Deswegen schließt Kunasek in einem Interview (Kronen-Zeitung 27. Nov. 2018) die Teilnahme an einer europäischen Armee aus, doch das ist nur ein Lippenbekenntnis (gewissermaßen

eine „fake news“). Kunasek will somit der Stimmung in der Bevölkerung für die Neutralität Rechnung tragen, er will die Menschen beruhigen, wir seien ja ohnehin neutral, um ungestört aufrüsten zu können. Kunasek entlarvt sich im nächsten Absatz des Interviews selbst, denn er sagt gleich darauf: „Wir wollen eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik in der EU sicherstellen“.

Kunasek hat im Juli entschieden, Generalmajor Mag. Robert Brieger zum neuen Generalstabschef des Österreichischen Bundesheeres zu bestellen, dieser wurde am 25. Juli 2018 angelobt. Brieger nennt im Ö1-Morgenjournal die „Massenmigration“ als größte Gefahr für Österreich. (Dies dient ja als idealer Vorwand für den Ausbau von Polizei und Militär.) Er verlangte u.a. die Verlängerung des Grundwehrdiensts von derzeit 6 auf 8 Monate und er wiederholt die Pläne der Regierung von der Aufstockung des Bundesheerbudgets. Schon 2017, noch unter Doskozil als Verteidigungsminister und Kurz als Außenminister, ist die Regierung dem militärischen Kerneuropa (SSZ) beigetreten, das die teilnehmenden Staaten u.a. dazu verpflichtet, ihr Heeresbudget auf 2% des BIP zu erhöhen.

Generalmajor Brieger spricht Klartext

Er verlangt, dass das Heer wieder eine bewaffnete Macht im Staat wird! „Das Militär ist die bewaffnete Macht, sie ist dazu da, um gewaltsam Schaden vom Staat und den Menschen abzuwenden“ und sagt, dass Katastropheneinsätze etc. unser Heer nicht glaubwürdig machen: „Wenn wir es bei Schneeschaukeln, Friedenseinsätzen und ein bisschen Heeresport belassen, sind wir nicht glaubwürdig.“ (Standard 9. Sept. 2018) Und Brieger behauptet auch in einem Interview, dass militärische Konflikte in Europa nicht auszuschließen sind (Die Presse 12. Sept. 2018).

Er erläutert das nicht näher, schürt aber damit die Kriegsangst. So will er die Bevölkerung einerseits darauf einstimmen, hinzunehmen, dass Österreichs Soldaten wieder für fremde Großmachtinteressen in den Krieg ziehen sollen, sei es in Afrika (z.B. in Mali), sei es an einer neuen Ostfront gegen Russland. **Wer bedroht in Wirklichkeit Österreich? Niemand bedroht uns militärisch!** Andererseits soll das Heer auch wieder für Einsätze im Inneren, gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden. Das hatten wir schon einmal, 1934! Auch Außenministerin **Kneissl** hat bei der Berliner Sicherheitskonferenz einer „... Armee der Europäer“ zugestimmt. Gleichzeitig verkauft sie die ÖsterreicherInnen für dumm, indem sie die Neutralität dazumischt und sagt: „**Als neutrales Land und EU-Mitglied könne Österreich... die Pläne der deutschen Verteidigungsministerin Von der Leyen zu der gemeinsamen Truppe von Europa voll unterstützen.** Ihr Büro korrigiert das später aber wieder (Die Presse 28.11. 2018). Die fette Überschrift des Presse Artikels lautet jedenfalls:

„Österreich hält sich von Europa-Armee fern“. So will man die Leser beruhigen.

Doch das sind alles Täuschungsmanöver. Schon 2015 hat die ÖVP nach einer Programmdebatte u.a. festgestellt, dass eine „zentrale Zukunftsfrage die Weiterentwicklung zu einer Verteidigungsunion mit dem langfristigen Ziel einer gemeinsamen europäischen Armee...“ ist.

Die Regierung nimmt die Neutralität öfters einmal in den Mund, gerade um zu verhindern, dass wir uns aktiv für sie einsetzen. Sie nimmt die Neutralität nur in den Mund, um unser Land ohne Widerstand aus der Bevölkerung in die EU-Kriegsunion eingliedern und uns in neue Kriege im Interesse von Großmächten und Konzernen hineinziehen zu können. Das ist politischer Landesverrat.

Treten wir gegen den Anschluss an die EU-Kriegsunion ein. Setzen wir uns für Österreichs Neutralität ein, zeigen wir die gefährlichen Täuschungsmanöver auf. Dann können wir die überwältigende Mehrheit der ÖsterreicherInnen, die für die Neutralität sind, aber noch passiv bleiben, veranlassen, auch aktiv für die Neutralität und gegen das Hineinziehen Österreichs in eine EU-Kriegsunion einzutreten.



Kurzbericht vom AKTIONSTAG zum 26. Oktober 2018

Am 26. Oktober 2018 haben wir uns am „Tag der Neutralität“ aktiv für die Neutralität und gegen die Beteiligung Österreichs an EU-Aufrüstung und Kriegen durch Stand, Transparente und Flugblattverteilung eingesetzt.

Das Echo war groß und positiv. Die meisten Menschen wussten nichts über die Regierungspläne zur Aufrüstung. Die Menschen wollen, dass das Bundesheer zur Verteidigung der Neutralität und zum Katastrophenschutz dient und zu nichts anderem.

2017 betrugten die weltweiten Militärausgaben 1.739 Milliarden US-Dollar!



Die Broschüre „Kein Frieden mit der Europäischen Union“ der „Informationsstelle Militarisation“ (IMI) beschäftigt sich sowohl mit der inneren wie auch äußeren Militarisation der EU und behandelt auch Fragen der Alternativen dazu. Kostenloser Download unter: <https://www.imi-online.de/download/EU-Broschuere-Endversion-web.pdf>

*

40 Millionen

Der Großunternehmer Hans Peter Haselsteiner stiftete diesen Herbst der Albertina im Zuge der Übergabe der Bilder der Sammlung Essl zum Ausbau eines Ausstellungsraumes 40 Millionen Euro. Sehr großzügig, freuen sich die Kunstfreunde. „Woher hat er so viel Geld?“, fragt ein arbeitender Mensch, der für diesen Betrag über 1.300 Jahre, bei einem Nettomonatsverdienst von ca. 1.500 Euro (= Brutto ca. 2.200), arbeiten müsste. Die Antwort ist: Die 40 Millionen hat Herr Haselsteiner durch deine Arbeit verdient, dafür hat er dir weniger bezahlt, eine Gehaltserhöhung bei den Verhandlungen mit der Gewerkschaft verweigert. Er hat also das Geld, das du verdient hast, ohne dein Einverständnis verschenkt! Gestohlen, würden manche dazu sagen. Übrigens ist die Sammlung Essl, die der gescheiterte Großunternehmer Karlheinz Essl der Albertina geschenkt hat mehr als doppelt so viel wert, wie das Geldgeschenk von Herrn Haselsteiner. Beide Herren haben also dein Geld und das

Geld tausender deiner Kollegen der Albertina geschenkt! Jetzt bist du ein Förderer der Kunst! Dafür wirst du doch wohl gerne auf ein paar Dinge ungefragt verzichten, die du und deine Familie dir aufgrund deines dadurch verringerten Verdienstes nicht leisten kannst!

*

Unfassbar

Unfassbar, wenn Bürger es wagen, Fragen und Kritik an die Regierung zu richten. Diese Meinung hat Kanzler Kurz kürzlich in Vorarlberg vertreten, als er ins Kreuzfeuer der Kritik geriet wegen einer, nach Meinung der betroffenen Betreuer ungerechtfertigten, brutalen Familientrennung und damit verbundener geplanter (später doch abgesagter) Abschiebung eines Teiles der Familie (Vater und Sohn). Die schwangere Mutter erlitt aufgrund der dramatischen Situation einen Zusammenbruch und musste ins Krankenhaus eingeliefert werden. Kurz, der aus der Versammlung verschwinden wollte, wurde von den Bürgern zur Rede gestellt, war aber zu feige, dies gleich den Kritikern in der Versammlung ins Gesicht zu sagen. Erst am nächsten Tag stand es in den Vorarlberger Nachrichten, dass er es unfassbar fände, was sich diese Bürger herausgenommen hätten. Der Kanzler wollte die Schuld an dem Vorfall auf die Vorarlberger Behörden abschieben, eine Bewusste Irreführung und Ablenkung von einem ihm peinlichen Fehler?! Denn: Die Behörden in Vorarlberg haben „nur“ ein Gesetz vollzogen, das die Regierung beschlossen hatte. Unfassbar ist höchstens so eine Einstellung eines von eben diesen und anderen Bürgern gewählten Bundeskanzlers, dem es gut anstünde, auf die Menschen unseres Landes zu hören, um zu verstehen, was sie bewegt und nicht zu erwarten, dass die Bürger kuschen, wenn die „Machthaber“ „vordenken“ und reden und dabei nur die eigenen Ideen als die optimale Lösung aller Probleme durchziehen, ohne Rücksicht auf Verluste, vor allem ohne Rücksicht auf Menschlichkeit. Unsere Hochachtung gilt den Bürgern in Vorarlberg, die sich gegen die Unmenschlichkeit dieser Regierung auflehnten!

*

Standortgesetz „NEU“?

Nach massiven Protesten hat die Regierung den Erstentwurf des „Standortentwicklungsgesetzes“ (wir berichteten in Ausgabe 4/2018) leicht umgeschrieben, im Wesentlichen aber nicht geändert. Statt des ursprünglich vorgesehenen Automatismus gibt es nun eine andere Form der „Verfahrensbeschleunigung“, d.h. vor allem kürzere Fristen und weniger Zeit für Prüfungen. Die Wirtschaft ist erfreut. Das beweist, dass dieses Gesetz Umwelt und Anrainer benachteiligt und die Vertretung und Durchsetzung von Umwelthanliegen und von Umweltschutz in der Realität erschwert.

Sozialversicherung

Die Regierung zieht die Entmachtung und Enteignung der 7 Millionen Arbeiter- und Angestelltenversicherten im Interesse der Wirtschaft durch. So steht schon im Vorblatt zum Sozialversicherungs-Organisationsgesetz (SV-OG): „private Anbieter von Gesundheitsdiensten“ sollen gefördert werden. Damit das möglichst schnell geht, wird sogar das Parlament umgangen.

329 der Beilagen XXVI. GP - Regierungsvorlage - Vorblatt und WFA

Vorblatt

Ziel(e)

- Strukturreform der Sozialversicherung
- Senkung der Lohnnebenkosten
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Anbieter von Gesundheitsdiensten

Mit dem SV-OG übernimmt die Wirtschaft die Macht in der Arbeiter- und Angestelltenversicherung und will die Privatisierung vorantreiben. Wer das Sagen in der Sozialversicherung (SV) hat, bestimmt über die Gelder, über Art und Umfang der Leistungen. Ziel der Schwarz-Blauen ist es, den größten Non-Profit-Bereich Österreichs, die (noch) nicht auf Gewinnerzielung orientierte solidarische SV, in profitorientierte, private Hände umzuleiten. Dabei geht es um fast 62 Milliarden Euro pro Jahr. Der Gesundheitsbereich, so stellen „Gesundheitsökonom“ und Wirtschaftskammer unermüdlich fest, ist ein großer und schnell wachsender Zukunftsmarkt. Deshalb wollen die privaten Versicherungen und Gesundheitskonzerne an die Milliarden der Versicherten heran.

Was Schwarz-Blau mit der SV vorhaben, hat schon im Frühjahr 2017 ein Vertreter der Wirtschaftskammer im Hauptverband der Sozialversicherungsträger skizziert: Die SV habe 154 eigene Einrichtungen (Kurheime, Reha-Zentren, Ambulanzen) – die seien „zu teuer“, privat geführte Anstalten wären „billiger“. Der Verkauf, die Verpachtung oder die Ausgliederung dieser Einrichtungen wäre daher zu überlegen. Ähnliche Modelle waren schon damals auch für die AUVA, die Unfallspitäler (UKHs) und Reha-Zentren betreibt, angedacht. Jetzt werden der AUVA 500 Millionen Euro gestrichen und die UKHs in eine GesmbH überführt, damit der Privatisierung Tür und Tor geöffnet.

Doch die solidarische, nicht auf Gewinn orientierte (non-profit) SV ist nicht teuer, hat bloß knapp 3% Verwaltungskosten, 97% der SV-Gelder fließen zurück an die Versicherten. Private, auf Gewinn ausgerichtete Versicherungskonzerne haben „Verwaltungskosten“ von bis zu 30%, also fließen nur 70% an die Versicherten zurück. Also wie dorthin kommen, dass die SV „schlecht“ ist, „teuer“ ist und deshalb „reformiert“ (privatisiert) werden muss?

Um dorthin zu kommen, werden die Gebietskrankenkassen (GKKs) zu einer Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) zentralisiert/verstaatlicht und dieser Finanzmittel mutwillig entzogen. Wie? Erstens, indem der Verlust der Einnahmen von in Summe rund 500 Millionen Euro durch die Senkung des Dienstgeberbeitrages bei der AUVA auf die ÖGK, also die Arbeiter-

und Angestelltenversicherten überwältigt wird. Zweitens dadurch, dass die Fusionskosten zur Errichtung der ÖGK und die Mindereinnahmen durch die Übertragung der Kassen-Beitragsprüfung an die Finanzverwaltung, weitere 2 Milliarden Euro an Einnahmenverlust für die ÖGK bedeuten. So erzeugt man ohne Not mutwillig ein Kassendefizit von rund 3 Milliarden Euro und mehr! Das wird schon jetzt (siehe Gesetzesentwurf) und erst recht nach Inkrafttreten der Unternehmermehrheit in der „Selbstverwaltung“ der ÖGK, als Vorwand hergenommen werden, um nach (noch viel mehr) Privatisierung der SV zu schreien, weil diese „nicht wirtschaften“ könne. Für die Patienten und Versicherten bedeutet das keine höheren Leistungen, sondern die Gefahr von noch mehr Selbsthalten, noch weniger Arztstellen und weniger Service, weil die Regierung in der ÖGK ein Drittel der Beschäftigten nicht nachbesetzen will.

Klagen gegen AUVA-Betriebsräte

Weil es gegen den Angriff auf unser Gesundheitssystem seit Jahresanfang Proteste auf der Straße und im Parlament gab und gibt, hat die AUVA-Führung den Betriebsräten und Beschäftigten, die sich um den Erhalt der AUVA öffentlich eingesetzt haben, mit Klage gedroht, weil sie angeblich „betriebsschädigend“ gehandelt hätten. Das Gegenteil ist der Fall! In einer parlamentarischen Anfrage hat die Regierung diese Vorgangsweise der AUVA-Spitze ausdrücklich gedeckt. Die Botschaft ist: Gerechtfertigter Widerstand soll bestraft und im Keim erstickt werden. Das ist ein Skandal, ein höchst undemokratischer Versuch der Einschüchterung und ist schärfstens zurückzuweisen!

Weiters hat die Regierung nun noch vor dem SV-OG-Gesetzesbeschluss (geplant am 12. Dez.) mit einem eigenen Gesetz die „Unsozialministerin“ ermächtigt, schon jetzt gegen die SV vorzugehen (§ 717b ASVG: „Vorbereitungshandlungen, die im Hinblick auf erst in der Zukunft liegende Gesetzesänderungen im Bereich der Sozialversicherungsgesetze erforderlich sind, können bereits vor dem In-Kraft-Treten des jeweiligen Bundesgesetzes durchgeführt werden ...“). Das Parlament wird so praktisch umgangen. Diese Vorgangsweise ist einmalig in der 2. Republik und erinnert an das Jahr 1933.

**SV-„Reform“: Sparen ist nur der Vorwand *
Umfärbung ist das Mittel * Umleitung der Gelder ist
der Zweck * Privatisierung ist das Ziel!**

Weiterführende Informationen zur SV-„Reform“:

1) Stellungnahme eines proSV-Vertreters im Sozialausschuss im Parlament. Der gesamte Ausschuss auf Video <https://www.facebook.com/spoeparlamentsklub/videos/260203177976143/>

Wer sich nicht durch das ganze Ausschuss-Video mühen will, die proSV-Stellungnahmen (Wilfried Leisch) finden sich bei Minute 22:30, 1:36:25 und 3:06:15 (der ganze Ausschuss dauerte 3,5 Stunden).

2) Text aus der Parlamentskorrespondenz https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2018/PK1273/index.shtml

3) Vido-Zusammenfassung der kritischen Stellungnahmen: <https://www.facebook.com/kontrast.at/videos/213999624291421/>

SV-„Reform“ – Enteignung der Versicherten

Warum geht das bisher so leicht?

1. Die Rechten haben mit der Regierung die Macht und setzen sie im Interesse der Reichen und der Industrie auch ohne Kompromisse ein und durch. Das ist neu in Österreich.

2. Kaum jemand der Arbeitnehmer weiß heute noch Bescheid darüber, eigentlich schon die letzten Jahrzehnte nicht mehr, wie die Sozialversicherung, die Kranken-, Unfall-, Pensionsversicherung eigentlich funktioniert.

3. Ein Hauptgrund dafür ist die Entpolitisierung der breiten Masse der Bevölkerung. Man hat den Menschen das Bewusstsein ausgetrieben, dass sie es sind (und nicht „die Wirtschaft“), die die Wirtschaft und den Staat in Gang halten. Früher hätte man gesagt, man hat ihnen das Klassenbewusstsein ausgetrieben. Wie? Besonders die Vertreter von ÖGB, AK, SPÖ haben stattdessen die Ideologie der „Sozialpartnerschaft“ gepredigt. Sozialpartnerschaft bedeutete für sie „Halbe-Halbe“: Also Teilhabe an und in der Republik, staatstragend zu sein, immer mit den Unternehmern den Kompromiss zu suchen – auch wenn diese dadurch immer reicher, größer und frecher wurden.

4. Nach dem Ende des verheerenden Zweiten Weltkrieges, nach den Erfahrungen des Bürgerkrieges von 1934, als eine schwarz-faschistische Regierung auf Arbeiter schießen, Gewerkschafter, Kommunisten und Sozialdemokraten hinrichten und einsperren ließ, nach einer ungeheuerlichen Nazi-Diktatur, wurden Unternehmer, Industrielle, Banker Konzerne und Politiker, die das alles verursacht und zu verantworten hatten, als „Partner“ ins Boot geholt. So haben schon damals die Arbeitnehmervertreter von SPÖ und ÖGB die Hälfte des Staates diesen Arbeiterfeinden, Profiteuren und Kriegstreibern ohne Notwendigkeit überlassen.

5. Denn nach dem Krieg waren die Kapitalisten bei der Bevölkerung unten durch, haben die arbeitenden Menschen, nicht die Manager und Bosse die Wirtschaft wieder aufgebaut, insbesondere die wichtigsten Grundstoffindustrien in den damals sogenannten „herrenlosen Betrieben“, der späteren Verstaatlichten Industrie. Als das Wichtigste aufgebaut war, wurde über die Köpfe der arbeitenden Menschen wieder Manager und Direktoren gesetzt. Die Führungen von SPÖ, ÖGB und AK überließen über die Jahre hinweg schrittweise die wichtigsten und besten Betriebe im Zuge des

„Proporz“ auch der ÖVP und damit der Unternehmerseite. Das zeigt die Geschichte des jahrzehntelang betriebenen Ausverkaufs der Verstaatlichten Industrie seit den 1950er/1960er Jahren (ÖIG – ÖIAG – ÖBIB – und jetzt ÖBAG): zuerst von der Politik eingesetzte rote Manager, dann schwarze Manager, dann waschechte nur noch rein profitorientierte Bosse, denen das Gemeinwohl völlig egal war. Da stehen wir heute. Und der Ausverkauf hat noch kein Ende. Gerade hat Finanzminister Löger zu diesem Zweck die Staatsbeteiligungen nach den Plänen der Privatindustrie in der nunmehrigen ÖBAG (Österreichische Beteiligungs AG) neu organisiert.

6. Die SPÖ-Führer der letzten 30 Jahre fühlten sich sowieso der Unternehmerseite näher als ihrer eigenen Basis, kamen direkt aus der Wirtschaft oder gingen nachher dorthin. ÖGB, und AK machten bislang in Bezug auf die arbeitenden Menschen bestenfalls noch „Stellvertreterpolitik“, statt die Beteiligung der arbeitenden Menschen als politisch Aktive zu fördern und fix im praktischen politischen Leben dieser Organisationen zu verankern. Schon lange nicht mehr gibt es z.B. in der Sozialversicherung die Direktwahl der Funktionäre aus den Betrieben wie zu Anfangszeiten. Stattdessen wurden Vertreter aus AK und ÖGB für die Arbeitnehmerseite delegiert, also nur mehr höchst indirekt. Denn im Betrieb werden Betriebsräte gewählt. AK und ÖGB suchen sich Betriebsräte aus, die in die AK gewählt werden und von dort werden sie dann in die SV entsendet. Auch in die AK- und ÖGB-Spitzen kommt nach einem langen Aussiebelprozess in der Regel nur, wer den jeweils Führenden genehm ist. Die Bestellung erfolgt von oben nach unten, statt von unten nach oben. Dass da den Arbeitern und Angestellten der Bezug fehlt, bzw. sie sich ob dieses Prozederes abwenden, ist nicht selten.

7. Die Folge ist eine doppelte Fehlentwicklung: Postensammlung oben, mangelndes Engagement (von) unten. Die Arbeitnehmervertretungen in ÖGB und AK – ganz zu schweigen von der SPÖ – sind so oft, zumindest von der Struktur her, weit von der Basis entfernt. Das erklärt, warum auf der Arbeiterseite besonders die SPÖ so wenig Zuspruch findet. Das macht(e) es jetzt den Rechten und Unternehmervertretern leicht, den „Kopf vom Rumpf“ ganz trennen zu wollen. Deshalb die massiven Angriff auf ÖGB, AK und Betriebsräte. AK und ÖGB müssen jetzt die Mitglieder und Menschen einbeziehen. Sie haben noch ein Ansehen bei den Menschen. Wenn das jetzt nicht geschieht, kann es

AK und ÖGB so ergehen wie der SPÖ. AK und ÖGB haben eine Bringschuld!

8. Gleichlaufend zur jahrelangen Entpolitisierung der Arbeitnehmerseite durch ihre Vertreter in SPÖ, ÖGB, AK, hat die Unternehmerseite nie aufgehört immer nur eines zu sein: Unternehmer (früher hätte man Kapitalist gesagt) und danach zu handeln. Das heißt, sie haben ihr Klassenbewusstsein erhalten und gepflegt und ihre Position stetig im Rahmen der „Sozialpartnerschaft“ ausgebaut. Die SPÖ, die Arbeitnehmervertreter aus AK und ÖGB wurden von ÖVP- und Unternehmerseite nur erduldet und geduldet. Diese wollen jetzt mit der FPÖVP-Regierung im Auftrag der Industrie letztlich vor allem die Betriebsräte als direkte Vertretung und Schutz der Beschäftigten vor Ort im Betrieb als letzte Hürde weghaben, um schalten und walten zu können wie es ihnen passt. Deshalb der Regierungsplan, die Jugendvertrauensräte abzuschaffen oder die Aushebelung der Mitbestimmung der Betriebsräte, z.B. beim 12-Stunden-Tag, usw. Wenn man die „Sozialpolitik“ der Regierung anschaut und wie sie mit den ÖGB- und AK-Vertretern und Betriebsräten umgeht, dann kann man ohne Übertreibung sagen: sie hassen jegliche Vertretung, ja sie hassen die arbeitenden Menschen. Wir arbeitende Menschen sollen arbeiten und kuschen. Das ist der politische Zugang dieser Damen und Herren von der Regierung, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung.

9. Weil die Vertreter von SPÖ, AK, ÖGB und viele Betriebsräte davon ausgingen und ausgehen, dass das Beste für die Menschen sei, FÜR sie satt MIT und DURCH sie zu handeln, haben sie geglaubt, dass sie als Vertreter und Funktionäre unersetzlich sind. Aber so haben sie sich immer mehr von der eigentlichen Basis abgenabelt und entfernt und waren sogar angefressen auf die Leute, wenn diese nicht verstehen wollten, dass der Kompromiss mit der Unternehmerseite „eh gut für sei“. So wurden bzw. machten sich selbst SPÖ-, ÖGB-, AK-Vertreter zur leichten Beute für die Arbeiterhasser, die alles nach ihrem alleinigen Gut-dünken diktieren wollen. Dort sind wir heute.

9. Soll das nicht noch weiter gehen gegen die arbeitenden Menschen und sogar noch ärger werden, müssen AK, ÖGB, SPÖ schnellstens echte Beteiligung, Gewinnung und Verbreiterung einer aktiven Basis vorantreiben dort wo noch Einfluss und Möglichkeit besteht. Immerhin hat der ÖGB 1,2 Millionen Mitglieder, die AK 3,7 Millionen Mitglieder und gibt es rund 70.000 Betriebsräte und Personalvertreter in Österreich. Nur dann kann dieser Angriff abgefangen und verstärkt Widerstand geleistet

werden. ÖGB-, SPÖ- und AK-Führenden müssen das vorantreiben. Es geht um direkte Arbeiter- und Angestelltendemokratie an der Basis: im Betrieb, in AK, in ÖGB und SPÖ. Wie? Als erster Schritt: AK und ÖGB müssen ihre Tore öffnen, aktiv die Mitglieder einladen und einbeziehen. Durch regelmäßige Aktionen auf der Straße und in den eigenen Einrichtungen. Es gibt in jedem Bundesland Zentralen von ÖGB-, AK- und Einzelgewerkschaften, ebenso Außenstellen von AK- und ÖGB in den Regionen. Natürlich geht das nicht von heute auf morgen. Hat man sich doch selbst viel zu lange schon auf Druck der Unternehmer und auf Zuruf der Rechten schon zu Haiders Zeiten zur reinen „Serviceeinrichtung“ zurückdrängen lassen und die Mitglieder dazu erzogen, bloß passiver Konsument zu sein.

10. Es braucht eine radikale Kursänderung. Wenn das nicht passiert, müssen das die Mitglieder und Belegschaftsvertretungen in den Betrieben und in AK, ÖGB, und SPÖ mehr und mehr selbst in die Hand nehmen, die ÖGB-, AK- und SPÖ-Spitzen zwingen, das zu tun was ihre Mitglieder wollen, was die Mitglieder vor noch mehr Ausbeutung und Entrechtung schützt. Nur so kann der Profitdiktatur wirkungsvoll entgegengesteuert werden!

(Aus: „Solidarität – unsere Chance“, Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform keine Zerschlagung der Sozialversicherung – proSV, Nr. 139, November 2018)



Keine Zerschlagung der Sozialversicherung

Die Machtverschiebung zu den Unternehmern in der SV

bis zum Jahr 2001	Derzeit	Künftig
Hauptverband	Hauptverband der SV	Dachverband
	A+A 85%	der Versicherten
AV in Mehrheit	6 AV : 6 UV (50% : 50%)	4 AV : 6 UV (40% : 60%)
GKKs	Krankenversicherung/GKKs	ÖGK
	A+A 100%	der Versicherten
AV in Mehrheit	4 AV : 1 UV (80% : 20%)	6 AV : 6 UV (50% : 50%)
PVA	Pensionsversicherung (PVA)	
	A+A 100%	der Versicherten
AV in Mehrheit	2 AV : 1 UV (66,65% : 33,35%)	6 AV : 6 UV (50% : 50%)

AV = Arbeiter- bzw. Angestelltenvertreter, UV = Unternehmervertreter

„Das eigentliche Schwein ist und bleibt das kapitalistische Wirtschaftssystem“

14. Oktober 2018 UZ



Kaplan Franz Sieder bei der ÖGB-Kundgebung vor der Industriellenvereinigung (12.10.2018), Foto: Karl Satzinger

„... Die Wirtschaft, so wie sie sich real darstellt, ist kein neutrales Gebilde. Der Wirtschaftsmechanismus funktioniert im Rahmen des neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftssystems. Dieses Wirtschaftssystem ist ein geldgerechtes und kein menschengerechtes System. Das Ziel dieses Systems ist nur die Profitmaximierung und nicht der Mensch. Darum sagt auch Papst Franziskus mit Recht, dass „diese Wirtschaft tötet“ und dass in dieser Wirtschaft Menschen wie Müll entsorgt werden. Wenn es die Gewerkschaft nicht gäbe, dann würde die Wirtschaft noch brutaler und menschen-feindlicher agieren ...

Weltweit besitzt ein Prozent der Menschheit genau so viel wie die 99 Prozent anderen. Das ist ein Skandal und zutiefst unsozial und unchristlich. Gerechtigkeit entsteht nicht durch Almosen und Spenden – nicht durch Licht ins Dunkel und durch Caritas – Gerechtigkeit entsteht durch gerechte Wirtschaftsstrukturen ...

... Eines möchte ich zum Schluss noch hier vor der Industriellenvereinigung sagen. Die Katholische Soziallehre, das sind vor allem die Sozialrundschriften der Päpste, sagt klar und eindeutig, dass die Arbeit immer Vorrang haben soll, vor dem Kapital, weil die Arbeit immer mit dem Menschen selbst zu tun hat, während das Kapital nur instrumentellen Charakter hat. In der Konsequenz hieße das, dass die ArbeitnehmerInnenvertreterInnen die Bestimmenden über die Wirtschaft sein sollen nicht die KapitaleigentümerInnen. Diese Veränderung würde die Grundfesten des Kapitalismus erschüttern – aber mit dem Kapitalismus hat die Welt keine Zukunft. Wir müssen nicht nur der schwarzblauen Regierung, sondern auch der neoliberalen Wirtschaft den Kampf ansagen.“

Kaplan Franz Sieder ist em. Betriebsseelsorger in Amstetten, in der Friedensbewegung, bei Pax Christi, bei der Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie (ACUS) und bei der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung (KAB) aktiv.

Beitrag aus „Unsere Zeitung – Die Demokratische“:

<https://www.unsere-zeitung.at/2018/10/14/das-eigentliche-schwein-ist-und-bleibt-das-kapitalistische-wirtschaftssystem/>

*

Klimabericht: Ein Weckruf an alle

Der Weltklimarat (IPCC) fordert, mehr für den Klimaschutz zu tun. Der Weltklimarat hat eindrücklich vor den Folgen einer Erderwärmung von 1,5 Grad gewarnt. Und nun? Klimaforscher Mojib Latif fordert, das Verhalten umzustellen: Weniger Fleisch, Flüge, Autos. Jedes verhinderte Zehntel-Grad sei wichtig. "Die Erderwärmung bei 1,5 Grad zu stoppen, ist nicht unmöglich. Dafür ist aber ein Wandel in allen Bereichen der Gesellschaft nötig", so Kim Hoesung Lee, Vorsitzender des Weltklimarates. Nach der Warnung des Weltklimarates verlangen Politiker schnelles Handeln. Die EU will den CO₂ - Ausstoß bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent senken. Die EU-Kommission verspricht stärkere Anstrengungen für den Klimaschutz und eine neue Langfrist-Studie.

Die technische Machbarkeit ist laut Weltklimarat vorhanden, das 1,5-Grad-Ziel zu realisieren, jetzt braucht es noch den politischen Willen. Solange aber niemand bereit ist auf irgendetwas zu verzichten, wie Milliardengewinne für Konzerne und Anleger, das Auto mit möglichst vielen PS, weite Reisen, Klimaanlage, usw., wird das schwierig. Wenn nichts passiert, werden das besonders die einkommensschwachen und armen Leute aus-

baden müssen. Denn, so IPCC, wenn nichts geschieht, könnte sich die Erde bis 2030 auf 1,5° Celsius erwärmen. Der IPCC zeigt auch ein Szenario für 2° Celsius plus auf: Bei einer Erwärmung in diesem Ausmaß würde sich das Risiko für Dürren, Wirbelstürme und heftige Niederschläge nicht nur wie schon jetzt auf der Südhalbkugel, sondern auch auf der Nordhalbkugel der Erde stark erhöhen. Zusätzliche würde bis zum Jahr 2100 der Meeresspiegel um zehn Zentimeter mehr steigen als bei 1,5 °Celsius. (Wiener Zeitung, 23.11.2018).

Und bei uns, heute – alles paletti? Nein, ganz im Gegenteil: Hitze, Dürre, Muren, Starkregen, Stürme, Überschwemmungen ... Sämtliche bisherigen Prognosen waren zu vorsichtig und industriefreundlich.

Weltwetterbehörde warnt:

Treibhausgase so hoch wie noch nie!

„Es gibt keine Anzeichen für eine Umkehr des Trends, der zu langfristigem Klimawandel, Meeresspiegelanstieg, Versauerung der Meere und extremen Wettersituation beiträgt“, warnt die Weltwetterbehörde in ihrem Jahresbericht 2018 auf Basis der Daten von 2017 (Wiener Zeitung, 23. Nov. 2018).

*

24. UNO-Klimakonferenz in Polen

Anlässlich der Anfang Dezember im polnischen Katowice stattfindenden UNO-Klimakonferenz warnte Bundespräsident Van der Bellen: „Die globale Erwärmung erschwert die Weltwirtschaft. Sie gefährdet unterschiedliche Sektoren wie die Land- und Forstwirtschaft, den Tourismus, die Energie- und Wasserreserven und zwangsläufig wird sie zu einer ernsthaften Bedrohung für den Frieden und die Stabilität für die ganze Welt.“ (Kurier, 24. Nov. 2018)

Doch die „Klima“-Realität von Industrie, Staaten, Politik und Institutionen wie der EU sieht ganz anders aus: Geht es nach den bisherigen Klima-

schutz-„Anstrengungen“ und geplanten Maßnahmen der Staaten, kommt es trotzdem oder gerade wegen der Nicht-Maßnahmen zu einer Erderwärmung von mehr als 3° Celsius. Das widerspricht auch den erst vor drei Jahren beim „Pariser Klimagipfel“ vereinbarten maximal 2° Celsius Erderwärmung. Doch der Weltklimarat hat bereits davor gewarnt, dass es schon bei einem Temperaturanstieg auf 1,5° Celsius zu schwerwiegenden globalen Problemen kommen wird. Schon bisher entstanden durch den Klimawandel verstärkt Hurrikans und Busch- und Waldbrände, die zum Beispiel alleine in den USA einen Schaden von 400 Milliarden Dollar verursachten (Kronen-Zeitung, 25.11.2018).

Samstag, 15. Dez. 2018, 14.00 Uhr, Wien-Westbahnhof

**Großdemonstration gegen Schwarz-Blau,
gegen Rechtsruck, Rassismus und Sozialabbau**

Flugblattverteilaktion – Treffpunkt: 13:30 Uhr

1070 Wien, Ecke Kaiserstraße/Mariahilferstraße – Mitmach-Kontakt: ggae@gmx.at

ZITAT: „Möglicherweise glorifiziere ich die Arbeiterklasse, aber es ist für mich in Ordnung, dass sie, die vielgeschmähte und immer wieder für tot erklärte, etwas Glorie abbekommt. Ich weiß auch, dass viele Arbeiter, viel zu viele, die FPÖ wählen, und ich kann nicht überhören, welche Blötheiten sie manchmal über Flüchtlinge von sich geben. Ich tröste mich dann, dass die Unterstellungen aufhören, wenn

sie miteinander pfuschen und auf ein Bier gehen. **Mein wirklicher Widerwille gehört den akademisierten Fremdenhassern, die keinen persönlichen Kontakt zu Flüchtlingen haben, aber mit Zahlen und Tabellen bewaffnet vom kommenden Untergang des Abendlandes faseln.“**

(Peter Turrini, aus der Rede zur Republikfeier des SPÖ-Parlamentklubs, zit. nach Kurier, 25. Nov. 2018).

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen. Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein. **Wir wünschen erholsame Feiertage und alles Gute für 2019!**
Mit kollegialen Grüßen, GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K. **IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650** / BIC: BAWAATWW; **EmpfängerIn:** Gewerkschafter gegen Atomenergie, **Verwendungszweck:** Spende

Datenschutzerklärung: Wir von den „Gewerkschafter(Innen) gegen Atomenergie (und Krieg)“ nehmen den Schutz und die Sicherheit Ihrer Daten sehr ernst. Daher speichern und verarbeiten wir ausschließlich im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Persönliche Daten wie z.B. Name, E-Mail-Adresse, Adresse, Telefon oder andere persönliche Angaben, welche uns von Ihnen mitgeteilt wurden, werden von uns für den angegebenen Zweck, z.B. im Rahmen einer Anfrage oder einer Spende, verwendet, sicher verwahrt und nicht an unbeteiligte Dritte weitergegeben. Wir nutzen Ihre persönlichen Daten somit nur für die im Rahmen einer Spende oder schriftlichen oder mündlichen Bekundung zur Zusendung unserer Aussendungen in Papierform oder per E-Mail notwendigen Tätigkeiten oder für die Kommunikation mit Ihnen bzw. für die Zusendung von Informationen an Sie. Sie haben jederzeit das Recht Auskünfte über Umfang und Inhalt Ihrer personenbezogenen Daten zu erhalten und diese gegebenenfalls berichtigen zu lassen. Selbstverständlich können Sie die Einwilligung zur Verwendung Ihrer Daten zu den oben beschriebenen Zwecken jederzeit widerrufen. Ein Widerruf hat zur Folge, dass wir Ihre Daten ab diesem Zeitpunkt zu oben genannten Zwecken nicht mehr verarbeiten. Einen Widerruf oder Ihre Anfrage richten Sie bitte per E-Mail oder per Post, unter Angabe Ihres Namens bzw. Adresse, an uns. Mit Angabe Ihres Namens, Ihrer (E-Mail-)Adresse bzw. der Einzahlung einer Spende erklären Sie Ihre Einwilligung zur Verwendung Ihrer und der angeführten Daten durch die „Gewerkschafter(Innen) gegen Atomenergie (und Krieg)“ zu den oben angeführten Zwecken.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133. **Offenlegung** nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida